

Welche Zahllasten drohen noch wegen der geplanten Erweiterungen der EU?

1. Umverteilung in der EU - der Krug geht solange zum Brunnen, bis er bricht

Ein durchgängig ganz nach vorne gerücktes Ziel der europäischen Vereinigung ist der soziale, wirtschaftliche und territoriale Zusammenhalt der Mitgliedsstaaten (amtlich als „Kohäsion“ benannt).

Zwei Effekte der Kohäsionspolitik sind voneinander zu unterscheiden:

Erstens der Kohäsionseffekt:

„Kohäsionspolitik“ ist darauf gerichtet, Maßnahmen in unterdurchschnittlichen Regionen zu finanzieren, die diese an den Durchschnitt heranführen sollen; z. B. durch Investitionen in Infrastruktur. Der Effekt zielt auf Zusammenhalt.

Zweitens der Fliehkrafteffekt:

Die Mittel für die Kohäsion stammen per Saldo aus Mitgliedstaaten, die eher am oberen Rand der Wohlstandstabelle liegen. Die Lasten sind von deren Bevölkerung zu tragen.

Beide Effekte liegen folglich im Widerstreit miteinander:

Je mehr minderbemittelte Länder in die EU einbezogen werden, um so höher die Umverteilung und um so stärker werden die Fliehkräfte.

Durch jeden solchen Beitritt nämlich sinkt der Wohlstandsdurchschnitt der Gemeinschaft.

Alle Länder, die sich bisher eher am oberen Rand der Wohlstandstabelle befanden, müssen nun noch größere Lasten tragen.

Zusätzlich finden sich mittlere Länder und Regionen, die bisher Zuwendungen erhielten, plötzlich oberhalb des Durchschnitts wieder - sie verwandeln sich vom Empfänger in einen Netto-Zahler.

Weil Kohäsion von einem Teil der Länder zu schultern ist, ist sie deshalb nur insoweit zu haben, als die Fliehkräfte nicht übermäßig verstärkt werden. Der Krug geht nur solange zum Brunnen, bis er bricht.

2. Ist der Bogen schon überspannt oder droht dies erst?

In der ebenfalls auf dieser Website zu findenden Studie „Deutschland zahlt weit überhöht an die EU“ (Willeke) ist dieser Frage nicht nachgegangen worden. Ihre Fragestellung war allein, wie gerecht *gegebene* Umverteilungslasten auf die Netto-Zahler in EU_15 verteilt sind. Aber in einer anderen Quelle wird diese Frage beantwortet.

Dass die Belastungen aus Umverteilung in der EU durch die Ost-Erweiterung auf zunächst EU-25 und dann EU-27 stark gestiegen sind, liegt auf der Hand. Eine Berechnung nach dem Muster Willekes würde dies zeigen.

Wie sich das darüber hinaus klar erkennbare Erweiterungsmuster für die Zukunft auswirken wird, dazu hat das Europäische Parlament einen Beitrag geliefert, der deutliche Transparenz schafft.

Sein „Ausschuss für regionale Entwicklung“ hat eine Berechnung vorgelegt, die Auskunft über die zu erwartende enorme Belastung gibt.

Die EU-Planung zielt demzufolge auf eine Erweiterung um 9 Beitritts- und Kandidatenländer (amtlich: BKL_9).

Beitritt: Türkei und Kroatien

Kandidatenstatus: Mazedonien

potentielle Beitrittskandidaten: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Serbien (inklusive Kosovo)

außerdem: Rumänien und Bulgarien (zusätzlich einbezogen wegen mangelhafter Auskünfte der Kommission).

Die finanziellen Belastungen dieser Operation offenbaren völlig neue Dimensionen.

Durch die genannten Länder würde sich die

- Fläche der Gemeinschaft um 35 % vergrößern;
- die Einwohnerzahl stiege um 27 %, das Gemeinschafts-BIP jedoch nur um 4 %;
- das BIP pro Kopf würde deswegen um 18 % abnehmen.

Der Parlamentsbericht stützt sich auf wissenschaftliche Berechnungen, die demzufolge die Kosten eines Beitritts von BKL_9 mit 150 Milliarden EUR für die Förderperiode 2007 bis 2013 ansetzen.

Die Folgen dieser unkalkulierten Erweiterungsstrategie hat der wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments benannt. Wenn BKL-9 zum heutigen Zeitpunkt beitrete, würden demzufolge:

- mehr als ein Drittel der bisher geförderten Regionen den Status einer Ziel-1-Region verlieren;
- nur die baltischen Staaten und die Slowakei keine Förderregionen verlieren;
- aus dem Kohäsionsfonds (90 %) die Mitgliedstaaten Griechenland, Zypern und Slowenien ausscheiden müssen;
- die Tschechische Republik kurz vor dem Überschreiten der 90%-Grenze stehen;
- am stärksten aber Italien, Malta, Spanien, Griechenland, Frankreich und natürlich Deutschland betroffen sein.

3. Wie sehen die EP-Experten die Überspannung des Bogens?

Im Entwurf ihrer Entschließung bewertet das Europäische Parlament diese Politik so:

1. Das Ziel des Zusammenhalts muss finanzierbar sein.

Der Parlamentsbericht zu BKL_9:

„Eine entsprechende Erhöhung der Strukturfondsmittel ist politisch unrealistisch“. Stattdessen die Fördermittel für die bisherigen Empfängerländer linear zu reduzieren, wäre ebenfalls „wenig sinnvoll“. Polen beispielsweise würde dann eine Reduktion von nahezu 50 % der bisherigen Struktur Gelder hinnehmen müssen.

2. Der Zusammenhalt wird dann unterminiert, wenn immer mehr Regionen, die heute gefördert werden, nicht mehr gefördert werden können. Das tritt zwingend dann ein, wenn die EU um immer weniger bemittelte Länder erweitert wird.

Die heutigen bedürftigen Regionen werden dann nämlich statistisch reich gerechnet, ohne dass sich ihre tatsächliche Wirtschaftslage geändert hätte.

3. Das Parlament bedauert, dass die Kommission bisher keine tief greifende Analyse der finanziellen Folgen der zukünftigen Erweiterungen vorgelegt hat.

4. Der Parlamentsbericht zum Gesamtergebnis:

„Die anstehenden Beitritte bedeuten in ihrer Gesamtheit aus heutiger strukturpolitischer Sicht eine Überforderung der Gemeinschaft“.

„Der Wegfall an Strukturförderung war schon als Ergebnis der Osterweiterung für viele Regionen der EU-15 ein Problem. Aber auch innerhalb der EU-15 sind viele Strukturprobleme nicht gelöst, bzw. es offenbaren sich als Ausdruck der Globalisierung neue Standortschwächen. Viele Regionen sind durch Firmenschließungen und hohe Arbeitslosigkeit betroffen“.

Zu ergänzen ist, dass speziell im Falle Deutschland nun vielen ostdeutschen Regionen ein endgültiges Aus der Strukturförderung droht.

4. Wie sieht MacroAnalyst das?

Wir erleben nun, wie der lange Jahre sinnvolle Begriff der Kohäsion seine Berechtigung verliert.

Der Zusammenhalt einer Gemeinschaft, das ist in der Tat ein zentrales Ziel. Analog zum „Finanzausgleich“ in Deutschland, haben die Bürger das zunächst auch immer unterstützt.

Spätestens seit dem Fall des Eisernen Vorhangs aber geht es offensichtlich gar nicht mehr um den *Zusammenhalt* der Mitgliedsstaaten. Seitdem werden stattdessen ganz offen die *Fliehkräfte* verstärkt.

Lässt sich ein solcher Prozess rational erklären? Das hängt offensichtlich von der Interessenlage ab. Eine *Überdehnung* durch ständige Erweiterungen macht nämlich dann Sinn, wenn das Ziel ist, einen großen Markt an die Stelle der Nationalstaaten treten zu lassen.

Markt statt Staat – das ist das Hauptziel des Libertarismus.
Das Ziel der Bürger kann es nicht sein.

Quelle:

Europäisches Parlament: Ausschuss für regionale Entwicklung; Berichterstatter: Markus Pieper
Entwurf einer Entschließung; 2006/2107(INI);
Stand 4. Januar 2007
ausgewertet auf *MacroAnalyst.de*